

Die Hochsubventionierten werden zusätzlich latent subventioniert

Sängerknabe müsste man sein!

Die Wiener Sängerknaben gelten als hochkulturelles Aushängeschild der Hochkulturation Österreich. Die im Augarten beheimatete Institution profitiert von einer Politik der Kunst- und Kulturförderung, deren wichtigstes Kriterium ist, inwieweit Kunst und Kultur der Stadt Wien behilflich sind, im internationalen Standortwettbewerb vorne zu bleiben. Die Hochkultur kriegt alles, die freie Szene nichts. Nein, das ist übertrieben. Die freie Szene kriegt drei Prozent der Gesamtausgaben der Stadt Wien für Kultur. Die «Künstler_innengewerkschaft» IG Kultur verlangt eine Erhöhung des Anteils auf zehn Prozent. Immer noch bescheiden.

Neben den Subventionen gibt es für hochkulturelle Einrichtungen versteckte Förderungen durch Bund oder Land. Aus dem aktuellen Rechnungshofbericht: Die Republik Österreich, vertreten

durch die damalige Burghauptmannschaft in Wien, vermietete dem Verein Wiener Sängerknaben seit 1. Juli 1948 das im Schloss Augarten gelegene Palaisgebäude (2.951 m² Nutzfläche), das sogenannte Josefsstöckl und ein Gartengrundstück. Laut damaligem Vertrag verzichtete der Bund aber auf die Einhebung des Mietzinses bis zum Jahre 1988. Durch Nachträge zum Mietvertrag wurden Unkündbarkeit und Mietzinsfreiheit bis 30. Juni 2008 verlängert. Das Jahr 2008 verging, und die Sängerknaben residierten weiterhin gratis auf bester Adresse. «Dadurch entgingen der Republik Österreich Einnahmen. Der RH empfahl der Burghauptmannschaft Österreich, Verhandlungen mit dem Verein Wiener Sängerknaben über die Höhe der Miete für die im Eigentum der Republik Österreich stehenden und dem Verein überlassenen Objekte im Schloss Augarten aufzunehmen

und rasch abzuschließen», hieß es im Rechnungshofbericht.

Aufgrund dieser Kritik der versteckten Subventionierung verlangte der Bund seit April 2013 von den Sängerknaben eine Schulmiete von 17.000 Euro brutto pro Monat. Der Sängerknaben-Verein schrie auf: «Existenzgefährdung!» Und das Finanzministerium hat volles Verständnis dafür: Es schuf postwendend ein Gesetz, wonach der Verein nur noch gut 3300 Euro Schulmiete im Monat zahlen muss. Ein freies Theater kann von einer solchen Großzügigkeit nicht einmal träumen.

Zum Vergleich: Für eine kulturelle Veranstaltung kann neben anderen Sälen der Prunksaal der Nationalbibliothek gemietet werden. Die Miete ist so teuer wie die reduzierte Sängerknabenmiete. Allerdings handelt es sich nicht um eine Monats-, sondern eine Tagesmiete.

Red.



11% K.Theater

Die Theatertruppe des Augustin zeigt noch drei Mal das Stück «Sauschlachten» von Peter Turrini. Die Erzählung: Ein sich der Sprache verweigernder Bauernsohn gerät in seiner Familie zunehmend zwischen die Fronten – bis es schließlich zum Sauschlachten kommt. Eigentlich müsste dem Publikum der zum Schluss angebotene Schweinsbraten im Halse stecken bleiben – wenn er nicht von einer der Darstellerinnen so schmackhaft zubereitet worden wäre.

Die Termine:

Fr, 23. Oktober 2015, 19.30 Uhr,
Arena-Bar, 1050 Wien, Margaretenstraße 117
Infos: www.arena-barvariete.at

Fr, 6. November 2015, 19.30 Uhr,
Zwinglikirche, Schweglerstraße 39, 1150 Wien

Sa, 21. November 2015, 20 Uhr,
Augustin Lounge (im Rahmen der Europäischen Theaternacht), 1050 Wien, Reinprechtsdorferstraße 31

3,26 Millionen Unterschriften:

«Stop TTIP» ist erfolgreichste «Europäische Bürger_inneninitiative»

Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) «Stop TTIP» hat nach einjähriger Laufzeit mehr Unterzeichner_innen erreicht als jede andere Europäische Bürger_inneninitiative zuvor. Mehr als 3,26 Millionen Unterschriften wurden Anfang Oktober bei einer Aktion vor dem EU-Kommissionsgebäude in Brüssel symbolisch eingereicht. Die Verhandlungen mit den USA zu TTIP müssen ausgesetzt werden, das wäre die Konsequenz des Erfolgs der Initiative, doch die EU-Elite will offensichtlich den Aufschrei von unten nicht zur Kenntnis nehmen.

Dabei hat die Bewegung dreimal so viele Unterstützer_innen aus ganz Europa hinter sich vereint, wie für eine offizielle EBI nötig ist. Sie hat die Unterschriftenhürde in 23 statt in sieben Ländern (offizielles Minimum) übersprungen, mehr als 500 Organisationen europaweit stehen hinter Stop TTIP. Wenn an den Versprechen von Transparenz und Bürgernähe auch nur ein Fünkchen Wahrheit ist, müssen die EU-Institutionen jetzt eine Anhörung und die Behandlung im Parlament und der Kommission einleiten.

In Österreich haben 141.412 Menschen Stop TTIP unterstützt. Vom nötigen nationalen Quorum

wurden 1041 Prozent erreicht – nach Deutschland der zweithöchste Wert.

Nachhilfeunterricht: TTIP steht für «Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft». Es ist ein Handelsabkommen, das die Europäische Kommission im Auftrag der Mitgliedsländer seit 2013 mit den USA verhandelt. Diese Verhandlungen laufen freilich völlig undemokratisch ab: Die Verhandlungsdokumente sind geheim, das Europäische Parlament wird lediglich informiert und ist zur Geheimhaltung verpflichtet, nationale Parlamente sind nicht eingebunden und werden meistens nicht einmal informiert. Zivilgesellschaftliche Organisationen hingegen haben kein Mitspracherecht.

Mit dem TTIP-Abkommen würde sich laut ATTAC Österreich ein lang gehegter Traum großer Konzerne auf beiden Seiten des Atlantiks erfüllen: Sozial- und Umweltpolitik, Arbeiter_innenrechte und Demokratie würden massiv eingeschränkt und Konzernen noch mehr Einfluss auf politische und wirtschaftliche Prozesse gegeben. Das Abkommen würde zum Beispiel einzelnen Staaten verbieten, mithilfe von Umweltgesetzen Ölkonzerne daran zu hindern, Schiefergasbohrungen, auch Fracking genannt, durchzuführen. ◀